

**Die Kosten der Kriegführung.**

Die Zeitungen beschäftigen sich in letzter Zeit vielfach mit der Frage, woher die Regierung die Mittel zu der neuesten ruhmvollen und erfolgreichen Kriegführung genommen habe.

Als das Abgeordnetenhaus zu dem Feldzuge, welcher um der Ehre und der Interessen Preußens und Deutschlands willen unternommen wurde, die nöthigen Mittel versagte, erklärte bekanntlich der Minister-Präsident v. Bismarck: Die Regierung werde sich danach genöthigt sehn, die Mittel zu dem unvermeidlichen Kriege zu nehmen, wo sie dieselben finde.

Während des Krieges wurde nun von den Blättern der Fortschrittspartei von Woche zu Woche versichert: die Mittel, über welche die Regierung verfügen könne, seien erschöpft und dieselbe müsse nun zu einer Anleihe schreiten. Die Gegner der Regierung schienen es kaum erwarten zu können, daß diese Nothwendigkeit eintrete, weil man daran die Hoffnung knüpfte, daß das Ministerium dann genöthigt sein würde, die Mitwirkung des Landtags von Neuem in Anspruch zu nehmen.

Indessen ist der Krieg glücklich und glorreich zu Ende geführt, ohne daß fürerst zu einer Anleihe geschritten worden; vielmehr ist es möglich gewesen, die Kosten des Feldzugs einstweilen aus vorhandenen Beständen zu decken. Kaum ist diese erfreuliche Gewißheit hervorgetreten, so scheinen die Gegner der Regierung nur darauf bedacht, das öffentliche Urtheil theils durch übertriebene Darstellungen und falsche Vorspiegelungen von Neuem zu verwirren, theils aus dem günstigen Stande unserer Finanzen, welcher jedem Patrioten zur Befriedigung gereichen müßte, neue Vorwürfe und Verdächtigungen gegen die Regierung herzuleiten. Zunächst brachten die Zeitungen die thörichte Mittheilung: der Finanzminister habe irgendwo geäußert, daß die Kriegskosten im Betrage von 20 Millionen vollständig aus den Ueberschüssen dieses Jahres gedeckt worden seien. Daran wurde alsbald der Vorwurf geknüpft, daß doch die Veranschlagung der Einnahmen sehr fehlerhaft und leichtfertig gewesen sein müsse, wenn es möglich sei, solche Ueberschüsse zu gewinnen. Das könnte nun freilich wohl mit einigem Recht gesagt werden, wenn jene Angabe richtig wäre; die Sinnlosigkeit derselben leuchtet aber jedem halbwegs Einsichtigen von selber ein. Erstlich lassen sich die Ueberschüsse des laufenden Jahres noch nicht einmal für die erste Hälfte desselben genau feststellen, — sodann aber würde ein Ueberschuß von 20 Millionen für das halbe Jahr, also von 40 Millionen für das ganze Jahr etwa das fünf- bis sechsfache der höchsten jemals erreichten Ueberschüsse ausmachen, während doch kaum anzunehmen ist, daß gerade ein Kriegsjahr, welches besonders unserem Seehandel erhebliche Nachtheile zugefügt hat, so außergewöhnliche Steuererträge liefern sollte. Jene übertriebenen Angaben wurden denn sehr bald als völlig irthümlich erkannt. Ebenso sinnlos und leichtfertig sind aber unter allen Umständen die Vorwürfe wegen fehlerhafter Veranschlagung der Einnahmen; diese geschieht nämlich nach altbewährter Praxis und im vollen Einvernehmen mit der Landesvertretung auf Grund des jedesmaligen Durchschnitts der leztvorbergegangenen Jahre. Jede andere, zumal jede höhere Veranschlagung, wäre gefährlich, da es ja viel besser ist, wenn die Einnahmen sehr vorsichtig und etwas niedriger angesetzt werden und hinterher Ueberschüsse ergeben, als wenn sie umgekehrt zu hoch veranschlagt werden und hinterher für die danach bemessenen Ausgaben nicht reichen. Bei dieser vorsichtigen Finanzwirtschaft ist es allerdings seit Jahren möglich gewesen, meistentheils am Schlusse des Jahres einige Millionen zu erübrigen und dieselben entweder zu außerordentlichen Ausgaben zu verwenden oder in den Staatschatz zu legen. Auch die letzten Jahre 1862 und 1863 haben trotz der »traurigen, budgetlosen Zeit«, von welcher die Fortschrittspartei sprechen, Dank der sorgsamem, gewissenhaften Verwaltung, recht beträchtliche Ueberschüsse geliefert, das Jahr 1862 fünf Millionen, 1863 etwa eben so viel. Diese Ueberschüsse und Bestände haben es nun der Regierung sehr erleichtert, den großen Kostenaufwand für die jetzige Kriegführung vorläufig ohne eine Anleihe zu bestreiten; daß dies jedoch bloß aus den Ueberschüssen und Beständen der letzten Jahre geschehen sein sollte, ist wohl sehr zu bezweifeln, vielmehr haben gewiß theil-

weise auch die bereits in den Staatschatz niedergelegten Ersparnisse ausbilden müssen, zumal da außer den eigentlichen Kriegskosten auch eine bedeutende Vermehrung unserer Marine ausgeführt worden ist. Die genaueren Mittheilungen über die Höhe jener Kosten und über die zur Deckung derselben verwandten Fonds werden ja sicherlich dem Landtage bei seinem künftigen Zusammentritt vorgelegt werden.

Vorläufig steht fest, daß die umsichtige preussische Finanzverwaltung im Stande gewesen ist, die bedeutenden Kosten der Kriegführung einstweilen aus vorhandenen Mitteln zu bestreiten. Es ist leicht erklärlich, daß die Freunde des Abgeordnetenhauses, welches die Regierung in die Lage versetzt hat, »die Mittel zur Kriegführung zu nehmen, wo sie dieselben fand«, über jenen Erfolg und Ausgang in ihrem Parteiinteresse nicht gerade sehr erfreut sind.

Das königliche Regiment in Preußen hat auch diese neue Probe, auf welche das Abgeordnetenhaus dasselbe zu stellen versucht hat, erfolgreich bestanden; das Königthum hat auch in dieser Krisis thatsächlich bewährt, daß in ihm der Schwerpunkt der Macht und die Quelle des Gedeihens für Preußen ruht. Eben so wie der innere Wohlstand des Landes sich trotz des sogenannten »budgetlosen« Zustandes unter der treuen und sorgsamem Pflege eines ächt landesväterlichen Regiments nach allen Seiten in erfreulichstem Fortschritt befindet, so hat die Regierung unsers Königs nunmehr einen glorreichen Krieg ohne die Mitwirkung des widerstrebenden Abgeordnetenhauses, aber unter jubelnder Zustimmung des ganzen Volkes, zum schönsten Ziele geführt und eine Stärkung der Macht für Preußen und Deutschland errungen, wie sie seit einem halben Jahrhundert nicht gewonnen worden.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Sache des Königthums in diesen Erfolgen eine bedeutende Stärkung gefunden hat; darum eben ist es nicht zu verwundern, wenn die sogenannte Fortschrittspartei, deren Bestreben auf die Schwächung des königlichen Regiments gerichtet ist, mißmüthig und scheel auf jene Erfolge blickt.

(Die Friedensverhandlungen in Wien) schreiten sehr langsam vorwärts, theils weil die dabei zu regelnden Geldfragen sehr umständliche Erörterungen durch Männer vom Fach nöthig machen, theils weil die dänische Regierung diese Schwierigkeiten zu benutzen sucht, um die endliche Entscheidung überhaupt zu verzögern. Es ist von vornherein die Absicht der deutschen Mächte gewesen, in Betreff der Finanzfragen alle zulässige Schonung gegen Dänemark obwalten zu lassen. Um so mehr ist jedoch andererseits zu erwarten, daß die preussische und österreichische Regierung, nachdem sie Dänemark fürerst die nöthige Frist zur reiflichen Erwägung seiner Entschliessungen vergönnt haben, demnächst ihre vereinte Entschiedenheit daran setzen werden, das Friedenswerk und damit die definitive Abtretung der drei Herzogthümer zum schleunigen Abschluß zu bringen.

(Die Verhandlungen mit Oesterreich über die Handelsverbindung) werden vermuthlich in nächster Woche ihren Anfang nehmen. Die Bereitwilligkeit Preußens, den Wünschen Oesterreichs dabei in so weit möglich entgegenzukommen, wird von den Gegnern der Regierung dazu benutzt, die Besorgniß zu erregen, daß die bisher mit so großer Energie und so günstigem Erfolge von Preußen verfolgte Handelspolitik eine Aenderung erfahren solle. Dies ist jedoch, wie auf das Bestimmteste versichert werden kann, nicht der Fall: die Grundlage und der Ausgangspunkt aller Verhandlungen mit Oesterreich soll und kann lediglich diejenige handelspolitische Stellung sein, welche Preußen durch den französischen Handelsvertrag und durch den auf Grund desselben neu aufgerichteten Zollverein gewonnen hat. Es ist geradezu unmöglich, daß diese mit unsäglich Mühe und nur durch eiserne Festigkeit erreichte Stellung irgendwie